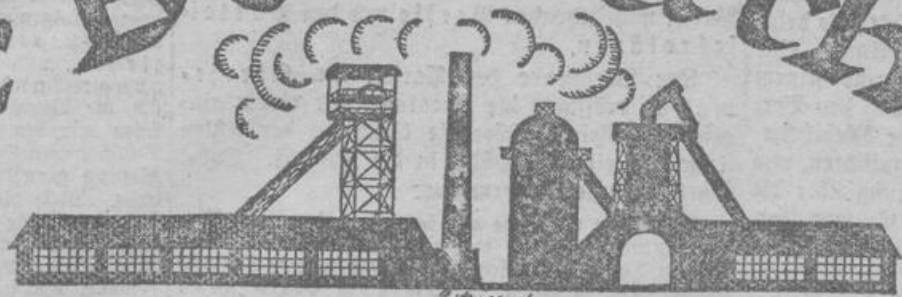


Der Beobachter



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

2.
Jahrg.

Der „Beobachter“ kostet vierteljährlich Mh. 2.10 ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird bestellt bei allen Postanstalten, sowie in der Geschäftsstelle Brüderweg 1 und der Druckerei Obergaben 5/1.

Samstag,
3. April 1920

Anzeigen, die nur in beschränktem Umfange aufgenommen werden, finden im „Beobachter“ weiteste Verbreitung. Die Kleinzeile kostet Mh. 0.30 bei Mehraufnahmen entsprechender Preisnachlaß.

14.
folge

Die Deutsche Volkspartei und die politische Lage.

Der Staatsstreich des Herrn Kapp.

Daß die Deutsche Volkspartei den militärischen Handstreich, durch den Herr Kapp die politische Gewalt auf kurze Zeit in Berlin an sich gerissen hat, auf das schärfste verurteilt, ist nach ihrem ganzen Programm und ihrem ganzen Wesen selbstverständlich. Ihre Haltung während der kurzen Tage des Kappschen Interregnums stimmt damit vollkommen überein. Dafür mögen heute, nachdem zum ersten Male wieder, seit mehr als einer Woche, die Gelegenheit zu einer Veröffentlichung der A. L. C. geboten ist, kurz folgende Tatsachen sprechen:

Im Schoße der Pressekonferenz, auf die während der Tage des Zeitungsverbotes und des Generalstreiks die Öffentlichkeit der Berliner Zeitungswelt beschränkt war, ließ Herr Kapp am Sonntag, dem 14. März, erklären, die Deutsche nationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei identifizieren sich zwar nicht mit der Regierung Kapp, seien aber bereit, sie zu unterstützen. Diese Mitteilung wurde dem Geschäftsführenden Ausschusse der Deutschen Volkspartei unterbreitet, der an demselben Tage in Berlin zusammengetreten war. Auf Grund der Erörterung, die hier stattfand, und im Auftrage Dr. Stresemanns gab darauf am Montag, dem 15. März Herr Spieß, der Herausgeber der A. L. C., im Presse-Ausschusse unter Berufung auf den Geschäftsführenden Ausschusse die Erklärung ab, daß die Mitteilung des Herrn Kapp unzutreffend sei und die Deutsche Volkspartei Herrn Kapp nicht unterstütze. Diese Mitteilung wurde von allen anwesenden Vertretern der Presse zur Kenntnis genommen. Der Vertreter der Regierung Kapp, der am Tage vorher die Mitteilung gemacht hatte, erklärte daraufhin, daß er lediglich eine ihm übermittelte Nachricht weitergegeben habe. Von Seiten des Herrn Kapp oder irgendeiner seiner Vertreter wurde die namens der Deutschen Volkspartei abgegebene Erklärung nicht bestritten.

Am Dienstag, dem 16. März war die Falschmeldung verbreitet, Herr Dr. Marchky habe das Amt des Polizeipräsidenten übernommen. Diese Meldung wurde von der Kappschen Regierung amtlich dementiert. Eine weitere Klärung erfolgte an dem selben Tage vom Wolffschen Telegraphenbüro dahin, daß Abgeordneter Dr. Strese-

mann dem WTB. erklärte, die Deutsche Volkspartei habe ihren Mitgliedern strengstens untersagt, irgendwelche Ämter aus den Händen der Regierung Kapp entgegenzunehmen.

In der Sitzung der National-Versammlung, die am 17. März in Stuttgart stattfand, hat Abgeordneter Dr. Beder namens der Deutschen Volkspartei zu dem militärischen Gewaltstreich des Herrn Kapp Stellung genommen und folgendes dazu ausgesprochen:

„Dieser unserer heutigen Haltung entspricht es, wenn wir den von „merallandchafts“-direktor Kapp in Berlin unter Anführerschaft der Verfassung gemachten Putschversuch aufs schärfste verurteilen und jede Gemeinschaft mit dessen Urheber und Befürwortern ebenso entschieden ablehnen, wie wir die Revolution vom 9. November 1918 als ein unter Bruch der Verfassung verübtes Verbrechen am deutschen Volke gebrandmarkt haben.“

Am Donnerstag, dem 18. März erließ die Deutsche Volkspartei folgenden Aufruf, der von Dr. Stresemann, als dem Vorsitzenden der Partei, sowie von führenden Vertretern der beiden Fraktionen der Deutschen Volkspartei unterzeichnet war:

Der Versuch des gewalttätigen Umsturzes der verfassungsmäßigen Grundlage des Reiches konnte nur erwachsen aus dem Boden, den die Revolution vom November 1918 mit ihrer Zerschlagung aller staatlichen Autorität unter Vernichtung nationaler Werte geschaffen, aus der einseitigen parteipolitischen Gesamthaltung der Mehrheitsparteien, aus der unverantwortlichen Verzögerung der Neuwahlen zum Reichstag und aus der Absicht der herrschenden Parteien, das Volk um sein verfassungsmäßiges Recht der Wahl des Reichspräsidenten zu bringen.

Was wir gegenüber dem gewalttätigen Umsturz des 13. März zu tun hatten, war uns vom ersten Augenblick an durch den nationalen und liberalen Charakter der Deutschen Volkspartei vorgezeichnet. Wir konnten und durften, wie bereits in unserm Aufruf vom 13. März betont, den Weg organischer Entwicklung auf verfassungsmäßiger Grundlage nicht verlassen. Wir müssen daher jeden gegen die Verfassung gerichteten Gewaltstreich und jede Verwendung unserer um den Schutz des Landes verdienten Truppen zu solchen unverantwortlichen, den Bestand des Reiches in Frage stellenden Unternehmungen entschieden verurteilen. Deshalb haben wir alsbald, wie zwischen der alten Regierung und den neuen

Machhabern, so unter den Parteien, eine Verständigung herbeizuführen versucht. Wir haben unsern Parteimitgliedern die Annahme von Ämtern aus den Händen der neuen Machthaber untersagt, haben alles aufgeboten, um die Einheitsfront gegen herandrängenden Bolschewismus herzustellen und haben darum den selbst aus den Kreisen der Regierung und den Mehrheitsparteien erhobenen frevelhaften Ruf zum Generalstreik als schärfste Verurteilung gegen Volk und Vaterland verurteilt.

Wesentlich mit durch unsere Vermittlung ist nunmehr ein Ausgleich erreicht. Was noch vor kaum einer Woche trotz unseres Verlangens von der Regierung und den Mehrheitsparteien kurzschlüssig verweigert wurde, ist heute zugestanden.

In der jetzigen schweren Stunde gibt es zur Abwehr des Bolschewismus, der unsere Kultur und Wirtschaft mit Vernichtung bedroht, nur eine Parole:

Sammlung aller Kräfte und Parteien zur Rettung des Vaterlandes!

J. A. Stresemann, Henze, von Krause, Rahl, Nießer, Garnich.

Das Interregnum.

Als Herr Kapp sich durch einen militärischen Handstreich in Berlin in dem Reichstanzlergebäude festgesetzt hatte, und die bis dahin bestandene Regierung in Berlin gestochen war, hielten es die leitenden Männer der Deutschen Volkspartei, die sich nach der Vertagung der National-Versammlung in der Preussischen Landesversammlung in Berlin noch zusammensanden, für ihre dringendste Pflicht, den schweren Regierungskonflikt so schnell und so friedlich wie möglich zu lösen. Diese Aufgabe wäre durch eine theoretische, staatsrechtliche Behandlung des schwierigen politischen Konfliktes nicht zu lösen gewesen. Sie mußte praktisch angefaßt und mit realen Mitteln erfüllt werden. Deshalb haben die Männer der Deutschen Volkspartei sich in Berlin vom ersten Augenblick, vom Sonnabend, dem 13. März an bemüht, die leidenschaftliche Gärung, die in dem militärischen Handstreich des Herrn Kapp explosionsartig zum Ausbruch gekommen war, wieder in die geordneten Bahnen politischer Vernunft zu lenken, und die veraltete Verfassung auf diese Weise wiederherzustellen. Es war nicht zu verkennen, daß die geflohenen Regierung schwere Schuld und Verantwortung dadurch auf sich geladen hatte,

daß sie dem stürmischen Volksverlangen nach Neuwahlen entgegen dem Geiste der Verfassung nicht Rechnung trug, und daß sie den Versuch der Sozialdemokraten und der Demokraten begünstigte, das Volksrecht auf die Wahl des Reichspräsidenten aus der Verfassung zu streichen. Es ist deshalb den Vertretern der Deutschen Volkspartei als dringendste und erste Notwendigkeit vor Augen, eine Vereinbarung zwischen Herrn Kapp und seinem militärischen Anhang auf der einen und den Vertretern der alten Regierung und der Mehrheitsparteien auf der anderen Seite herbeizuführen, und zwar auf der Linie einer Verständigung über die verfassungsrechtlichen Streitpunkte. Es war klar, daß dem Interregnum Kapps nur eine kurze Dauer beschieden sein konnte, wenn sich die in ihm vertretenen Politiker und Militärs mit der Forderung sofortiger Neuwahlen und der Sicherung der Reichspräsidentenwahl durch das Volk begnügten, und wenn auf der anderen Seite die Vertreter der alten Regierung und der Mehrheitsparteien diese Forderung akzeptierten. Auf dieser Grundlage gelang es dann auch am Mittwoch, dem 17. März, vor allen Dingen durch die unermüdete Vermittlerfähigkeit des Abgeordneten Dr. Stresemann, der den General v. Lüttwisch veranlaßte, zu Besprechungen mit den Führern der Parteien zusammenzukommen, eine Übereinstimmung herbeizuführen, die von Herrn v. Lüttwisch, als dem Vertreter des Interregnums Kapp, und ebenso von dem Vizekanzler Schiffer, als Vertreter der Regierung, und den Herren Trimborn und Gothein, als den Vertretern der Mehrheitsparteien, anerkannt wurde. Damit war das Interregnum Kapp tatsächlich beseitigt und der Vizekanzler Schiffer konnte als Vertreter der in Stuttgart weilenden Regierung die Leitung der Regierungsgeschäfte wieder übernehmen. Dieser Abschluß, der nach vier kurzen Interregnumstagen erreicht wurde, war ein voller Erfolg der Realpolitik, die von den Vertretern der Deutschen Volkspartei — wie der Erfolg beweist, mit Recht — für die zweckmäßigste gehalten wurde.

Jeder weitere Schaden des Interregnums Kapp, jede Verlängerung des furchtbaren Konfliktes, der Deutschland zersplittert, hätte vermieden werden können, wenn diese Politik der Deutschen Volkspartei die Oberhand gewonnen oder behalten hätte. Statt dessen aber haben die Sozialdemokraten und mit ihnen in innigster und schwerster Schuldverleumdung die Demokraten die Massenleidenschaft auf das tiefste durch die Parole des Generalstreiks aufgewühlt. Es wird unverwundbar im Schuldbuch der Demokratischen Partei stehen, daß sie in einer Zeit, die politisch an sich auf das schwerste erschüttert war, durch die Parole des Generalstreiks auch noch die wirtschaftliche Kraft des deutschen Volkes tödlich gelähmt hat. Daß auch ohne solche unverantwortlichen Geheimnisse das Interregnum Kapp zu beseitigen war, haben die Maßnahmen bewiesen, die von der Deutschen Volkspartei mit vollem Erfolg ergriffen worden sind. Auf der Sozialdemokratie und der Demokratischen Partei lastet nicht allein die Schuld, daß sie durch ihre begünstigende Stellung zu der Politik des 9. November und durch die Politik dem militärischen Handstreich Kapps den Boden bereitet haben, sie sind auch dadurch schuldig geworden, daß sie Desperadopolitik gegen Desperadopolitik gesetzt haben, anstatt die Fäden der wirtschaftlichen und politischen Ordnung straff in der Hand zu behalten und die Staatsautorität auch gegen unverantwortlichen Wahnsinn zu wahren.

Die Deutsche Volkspartei und der Putsch Kapps.

Eine Rede Stresemanns.

Am Klarheit über die politische Lage für alle Parteifreunde im Lande gegenüber den Verhörungen der Gegner zu schaffen, trat Sonntag eine starke Vereinigung aus den Reihen der

Deutschen Volkspartei im Reichstag zu eingehender Beratung zusammen. Die Versammlung bestand aus den Wahlkreisvorsitzenden aus allen Teilen des Reichs, aus den Mitgliedern des geschäftsführenden Ausschusses, der beiden Fraktionen, aus den Vertretern der Partei nahestehenden Presse und den Parteisekretären.

Der Vorsitzende der Partei, Dr. Stresemann, eröffnete die Beratung mit einem eingehenden Referat über die Geschichte der letzten Tage und einem Ausblick in die Zukunft. Dabei führte er unter anderem aus:

Lassen Sie mich, ehe wir in unsere eigentliche Verhandlung eintreten, auf einen Blick in diesen dunkeln Tagen hinweisen. Es ist die tapfere Haltung unserer Volksgenossen in Schleswig-Holstein in der zweiten Zone. Sie haben sich in einer der schimmigsten Zeiten der Unsicherheit und des Schwankens aller Verhältnisse trotzdem in alter Treue und Liebe zum Vaterlande bekämpft. Dafür gebührt ihnen unser Dank. (Lebhafter Beifall.) Wir begrüßen auch von hier aus unsere Parteigenossen in Schleswig-Holstein und bitten sie, dort bekannt zu geben, wie erfreut wir über das glänzende Ergebnis der Abstimmung sind. Die klaren Tatsachen, die sich seit dem 13. März abgespielt haben, werden erstens um Material für den Wahlkampf zu gewinnen. Weder die Unabhängigen noch die Mehrheitssozialisten benehmen sich dabei so kluglos wie die Demokraten. Vergleichen Sie, um das zu erkennen, die „Freiheit“ und den „Vorwärts“ mit dem „Berliner Tageblatt“ und der „Frankfurter Zeitung“. Man ist so weit gegangen, in der „Frankfurter Zeitung“ in einem Artikel über die Vorbereitung des Hochverrats davon zu sprechen, daß der Vorsitzende der Reichstagsfraktion, Abgeordneter Dr. Heinze, und der Vorsitzende der Partei, d. h. ich, an diesen Vorbereitungen mittelbar oder unmittelbar beteiligt gewesen seien. Welches sind die Tatsachen, die dem zugrunde liegen? Es hat zwischen General v. Lüttwisch und Dr. Heinze sowie Dr. Heintz in den Tagen des 3. und 4. März eine Unterredung stattgefunden. Die Darstellung, die Dr. Heinze uns davon gegeben hat, deckt sich im wesentlichen mit denjenigen, die dieser Tage in den Zeitungen veröffentlicht worden ist. Danach hat General v. Lüttwisch erklärt, daß unbedingt Neuwahlen stattfinden müßten, und daß das Heer auf der Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk bestehe. Er hat im Anschluß daran erklärt, was die Reichspartei zu tun gedenke, um diesen Forderungen zur Verwirklichung zu verhelfen. Er ist dann darauf hingewiesen worden, daß die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationale Volkspartei eine Interpellation einbringen gedenken und daß sie hofften, dadurch ihr Ziel zu erreichen. General v. Lüttwisch, der nach meinem persönlichen Eindruck der Politik vollkommen fernsteht und jeden Blick für politische Wirklichkeit vermissen läßt, hat dann erwidert, daß unbedingt etwas geschehen müsse, weil seine Leute sonst nicht mehr zu halten seien. Es hat daraufhin eine neue Besprechung stattgefunden, an der Graf Polodowski, Dr. Heintz und Herr v. der Osten und von unterer Seite Dr. Heinze, Abgeordneter Dr. Becker und ich teilgenommen haben. In dieser Sitzung haben wir die Interpellation wegen der Ernennung von Neuwahlen beschlossen. Es herrschte Einmütigkeit darüber, daß diese Frage

lediglich durch parlamentarische Mittel

entschieden werden könne, und daß jeder Putschversuch verwerflicher Wahnsinn sein würde. Infolgedessen wurde beschlossen, sobald man diese Forderungen gar nicht ernst nehmen konnte, den militärischen Herren folgendes sagen zu lassen: Die Deutsche Volkspartei wird alles tun, um auf gesetzlichem Wege zu Neuwahlen zu gelangen, sie hält aber jeden Versuch, der von dem verwerflichen Absicht für verwerflichen Wahnsinn. Mit diesen Worten ist der Beschluß der Herren vom Militär mitgeteilt worden. General v. Lüttwisch konnte daraufhin erwidern, daß er nun zum Reichspräsidenten selbst gehen. Mittlerweile ist er, daß er entschlossen sei, die Verfassung zu achten. Doch nun steht gegen den Abgeordneten Dr. Heinze der Vorwurf erhoben wird, er habe mittelbar bei den Vorbereitungen des Hochverrats mitgewirkt, das ist derart unklar, daß es kaum verbürgt, ernsthaft nachzuweisen zu werden. In derselben Nummer der „Frankfurter Zeitung“ ist gesagt, es würde interessant sein zu erfahren, wie oft Dr. Stresemann in diesen Putschtagen bei General v. Lüttwisch, bei Lubendorff, bei Oberst Bauer und bei Herrn Kapp gewesen sei. Das kann ich mit ein paar Sätzen beantworten. Am Dienstag Abend, d. h. am Tage vor seinem Sturz, bin ich von General v. Lüttwisch um eine Zusammenkunft gebeten worden, um die politische Lage zu besprechen. Ich habe dieser Einladung Folge geleistet, weil ich der Meinung war, daß unsere Aufgabe in erster Linie darin bestand, einen Bürgerkrieg zu verhüten.

Am nächsten Tage habe ich morgens um 8 Uhr eine neue Einladung erhalten, in das Reichskanzleipalais zu kommen, und ich habe dort außer den Deutschnationalen auch Herren vom Zentrum angetroffen, die der Einladung ebenfalls Folge geleistet hatten. Das sind die beiden Male gewesen, an denen ich Herrn v. Lüttwisch und Herrn Kapp gesehen habe. Hieraus sieht man klar, daß die Demokraten die Tendenz verfolgten, sollte es was es wolle, die Deutsche Volkspartei in diese Dinge hineinzuwickeln, und man greift dabei zu Verdächtigungen und Verleumdungen. Wie haben sich die Demokraten selbst abgeplagt? Am 13. März lesen wir des Morgens in den Zeitungen, daß ein Putsch bevorstehe, daß General v. Lüttwisch bei der Regierung gewesen sei und ihr ein Ultimatum gestellt habe. Diese Nachricht der Morgenblätter wurde alsbald durch die Nachricht überholt, die Regierung sei abgesetzt worden und eine neue habe sich gebildet. Wir haben daraufhin des Vormittags unsere Parteifreunde, die in Berlin weilten, versammelt, um zu dieser Lage Stellung zu nehmen. Wie stellten sich uns die Dinge dar? Draußen im Lande hat man vielfach gemeint, es habe sich bei dem Putsch um eine örtliche Berliner Angelegenheit gehandelt. Für uns sah sich die Sache aber doch wesentlich anders an, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die Reichsregierung gestürzt war. Aus Rand als Tatsache vor Augen, daß ganz Preußen vom Osten bis zur Reichshauptstadt nach den ausgegebenen Mitteilungen hinter den neuen Machthabern stand. Auch das Militär, so wurde uns gesagt, steht hinter Lüttwisch, und eine Reichsregierung war eben nicht mehr vorhanden, denn sie hatte die Klugheit erlitten. Uns schien aus dieser ganzen Lage sich die Notwendigkeit zu ergeben, zu verhüten, daß entweder im Auftrag einer deutschen Regierung, wenn sich eine solche neu in Süddeutschland bilden sollte, deutsche Truppen gegen Berlin zögen oder aber daß sich ohne Bürgerkrieg Deutschland in zwei Regierungslager spalte, ein Vorgang, durch den das Reich hätte in Trümmer fallen müssen. Dazu kamen andere Erwägungen, die sich durch den weit ru Lauf der Dinge bewahrt haben. Wir waren der Meinung, daß sich Herr Kapp und seine Anhänger nicht würden halten können. Aber wir sagten uns eins: Wenn diese Angelegenheit, die gegen unsern Willen und Wissen und gegen unsere härtesten Warnungen nun doch gekommen ist, mit Schimpf und Schande zum Scheitern kommt, so darf sie nicht so zusammenbrechen, daß mit ihr auch unsere ganze Reichswehr zusammenbricht. Wenn eine Verständigung nicht gelingt, dann ist die Reichswehr unmöglich geworden, und wir bekommen den Übergang zum Bolschewismus. Denn uns stand auch noch ein weiteres vor Augen, nämlich daß sich ein

Gegenstoß von links einsehen würde,

daß also der Kampf nicht mehr zwischen parlamentarischer und anarchoistischer Regierung gehe, sondern zwischen unsern alten Kultur- und Wirtschaftsformen und dem Bolschewismus. Wir haben festgestellt, daß Offiziere der russischen Roten Armee hier in Berlin gewelt haben, und daß Volksgenossen von Lenin nach Deutschland entsandt worden sind. Es stellt also die Entscheidungsschlacht des Bolschewismus geschlossen werden, und dazu wäre es in absehbarer Zeit auch ohne den Putsch des Herrn Kapp gekommen. (Sehr richtig!) Von diesen Erwägungen gingen wir am ersten Tage aus, und wir einigten uns im Laufe unserer Besprechungen dahin: Sobald festgestellt, ob alte Regierung noch existiert, oder ob sich eine neue Regierung gebildet hat, ist es unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß in möglichst kürzester Frist der verfassungsmäßige Zustand wiederhergestellt wird, daß dann ein neues Ministerium gebildet wird als Koalitionskabinet auf breiter Grundlage, und daß innerhalb von 60 Tagen Neuwahlen ausgeschrieben werden. Unser Standpunkt ist hoch dadurch klar festgestellt worden, daß wir unsern Parteimitgliedern bei Strafe des Ausschlusses aus der Partei verboten, ein Amt von Herrn Kapp entgegenzunehmen. Auf der Grundlage dieser Erwägungen ist denn auch unsere Erklärung vom 13. März formuliert worden. Wenn behauptet wird, sie spreche eine Anerkennung der neuen Regierung aus, so ist dem entgegenzusetzen, daß sich die Angelegenheit von Süddeutschland aus wohl etwas anders anjah als von Berlin aus. Die alte Regierung war nicht mehr vorhanden. Eine Regierung war da, die sich de facto auf die Macht stützte. Damals im November 1918 hat die Nationalliberale Partei ja auch mit der Regierung Ebert-Scheidemann verhandelt, weil diese eine De-facto-Regierung war und kein andere Macht ihr gegenüberstand. Das war genau dieselbe Situation wie am 13. März (Zuruf: Der Zentrumsmann Burlage hat in seiner Rede in Stuttgart auch von der neuen Regierung gesprochen; ebenso die „Kölnische Volkszeitung“). Im übrigen ist in unserer Erklärung ausdrücklich gefordert, daß die provisorische Regierung in eine verfassungsmäßige umgewandelt werden solle, und es ist das Bekenntnis abgelegt zur organischen

Entwicklung, die durchbrochen worden sei. Aber nun frage ich doch: sollen wir denn in ungerechter Weise objektive sein? (Lebhafte Zustimmung.) Ich empfinde es als eine Anmaßung, wenn Herr Schiedemann sich hinstellt und über Verfassungsbruch klagt. Diese Revolution, die in ihren Folgen ein unendliches Unglück für Deutschland sein kann, ist doch nur eine Frucht des Zusammenbruchs aller Autorität, der seit dem November 1918 eintrat. Niemals hätte die Mithimmung gegen die Regierung so zersetzend wirken können, wenn nicht das alte deutsche Heer durch ein Söldnerheer ersetzt worden wäre, und wenn nicht alle Autorität gerade durch diejenigen umgestürzt worden wäre, die sich heute als die Hüter der Verfassung preisen. Es ist wohl eine geschichtliche Notwendigkeit, daß die Novemberrevolution eine Gegenrevolution von rechts zur Folge hatte, deren Unmöglichkeit ja nun klar erwiesen ist, wie es wohl auch eine geschichtliche Notwendigkeit ist, daß wir den Schlag von links auszuhalten müssen, der jetzt geführt wird. In diesem Kampf gegen links stehen wir heute. Am 14. März lehte der Herr Generalstreik ein. Unzweifelhaft ist es, daß alle Angehörigen der Parteien, auf die sich die alte Regierung stützte, zu diesem Generalstreik geblasen haben, und zwar haben auch hier wieder die Demokraten einen großen Eifer gezeigt. Wir haben uns nicht nur nicht daran beteiligt, sondern den Generalstreik aufs schärfste verurteilt. Er ist das zweite Verbrechen, das in diesen Tagen am deutschen Volke begangen wurde. Man weiß nie, wann und in welchen Händen der Generalstreik endet. Wir haben deshalb unsere Aufgabe darin gesehen, durch Verhandlungen den Frieden herbeizuführen. Wir hatten mit Hilfe aus Dresden die Mitteilung erhalten, daß die alte Regierung dort Schutz gefunden hatte, und zwar durch die Intervention des Abgeordneten Dr. Helinge, eine Tatsache, die allzu genügen dürfte, um den Unfuh der gegen uns gerichteten Vorwürfe zu beweisen. In vermittelndem Sinne haben auch andere unserer Freunde in dieser Zeit gearbeitet. Abgeordneter Dr. Bügler hat damals eine

Einigung des gesamten Industriezweigs

gegen Herrn Kapp zustande gebracht. Ich erwähnte das auch aus dem Grunde, weil die Demokraten schon „feilschen“ wollen, daß die Deutsche Volkspartei Geld für den Kampf hergegeben habe. (Gelächter.) Da man dabei die Schwerindustrie immer zu beschuldigen pflegt, so darf man vielleicht darauf hinweisen, daß sie in der Bekämpfung des Herrn Kapp bis zur Rohlenperre gegangen ist, und auch der Reichsverband der deutschen Industrie und die Arbeitsgemeinschaft haben in diesen Tagen ein neues Bekenntnis zur Arbeitsgemeinschaft abgegeben und sich sofort auf den verfassungsmäßigen Boden gestellt. Für uns in der Reichshauptstadt war die Situation am schwersten. Gewiß wäre es das einfachste gewesen, einen Protest zu erlassen und dann abzuwarten, wie die Dinge weiterlaufen würden. Aber das wäre nicht die Haltung verantwortungsbewusster Politiker gewesen. Wir haben uns deshalb vom Sonntag, 14. März, ab an die Arbeit gemacht und nicht geruht bis zu der Stunde, in der die Situation soweit geklärt war, daß wir wieder verfassungsmäßige Zustände in Berlin hatten. Wir haben schon am Sonntag mit dem Zentrum verhandelt, und wir haben auch der Sozialdemokratie vor Augen geführt, daß es sich nicht darum, um einen Kampf zwischen der alten Regierung und Kapp handle, sondern um einen Kampf gegen den Bolschewismus. Leider hatten wir wenig Erfolg. Wir sind auch wegen dieser Taktik vom „Berliner Tageblatt“ in wahrheitswidriger Weise angegriffen worden. Es wurde behauptet, Herr Schiffer habe es abgelehnt, mit den Arbeitern zu verhandeln, dagegen sei der Führer der Deutschen Volkspartei zu den aufständischen Generalen gegangen. Tatsächlich aber hat Herr Schiffer, als Vertreter der alten Regierung, hinter diesen Verhandlungen gestanden. Er hat damals klar erkannt, daß eine Einigung in Berlin erfolgen mußte und er bediente sich unserer Vermittlung, die wir Beziehungen zu beiden Kreisen hatten, um Verhandlungen herbeizuführen. Es ist also ganz falsch, wenn das Berliner Tageblatt jetzt behauptet, Herr Schiffer habe es abgelehnt, zu verhandeln. (Zuruf: Und Herr Schiffer schweigt dazu!) Ich bedauere auferordentlich, daß Herr Schiffer in dieser Weise als Minister ausgezeichnet ist. Er hat sich um die Beilegung des Konflikts Verdienste erworben, aber er hat nicht den Mut gefunden, sich zu diesen Verdiensten zu bekennen. Er hätte stolz darauf sein müssen, daß er bei diesen Vereinbarungen mitgewirkt hat. Wir haben keinen Grund, diese Verhandlungen abzuleugnen. Wir sind stolz darauf, an ihnen mitgewirkt und dazu beigetragen zu haben, sie zu einem erfolgreichen Ende zu führen. (Lebhafte Zustimmung.) Das demokratische führende Organ Wadens, die „Neue badische Landeszeitung“, schreibt in diesem Sinne, das entschlossene Auftreten der Deutschen Volkspartei bei der Beilegung des Konflikts in Berlin sei ein Verdienst, das ihr nicht schmälert werden dürfe. Hier ist also die Auffassung wieder gegeben, die auch wir gehabt haben: es muß zu einer Einigung kommen. Erst müssen verfassungsmäßige Zustände wiederhergestellt werden, um dann

den gemeinsamen Kampf gegen den Bolschewismus aufzunehmen. Die Verhandlungen, die zum Teil nach dem Willen des Herrn Schiffer in Worte gefaßt sind, waren leider nach einigen Stunden von der Regierung durchbrochen. Es begann ein anderer Wind zu wehen. Es begannen die Verhandlungen mit den Gewerkschaften, und es folgte eine vollkommene Orientierung nach links, in der wir noch stehen und von der wir nicht wissen, wie weit sie führen wird. Augenblicklich stehen jedenfalls wir auf dem Boden der Verfassung, wenn wir uns dagegen wenden, daß die Abmachungen mit den Gewerkschaften die Grundlagen unserer künftigen Regierungsform werden. Die Verhältnisse in Deutschland entwickeln sich mit photographischer Treue wie die in Rußland. Genau wie man bei ihnen Truppen entwarf und Arbeiterbataillone schaffte, genau so hat es Krenski gemacht, und Lenin war sein Nachfolger. Wenn es so weiter geht, dann ist der Bolschewismus das Meer, in dem wir schließlich ertrinken. Daß die Unabhängigen diesen Weg gehen, und daß die Sozialdemokratie nach ihrem jahrzehntelangen Kampf gegen den Militarismus Mißtrauen gegen das Militär hegt, das ist schließlich verständlich. Daß diesen beiden aber die Demokratische Partei zur Seite steht, und daß sie das alles mitmacht, das ist eine

Verleugnung der Interessen des Bürgertums

wie sie noch nicht dagewesen ist. Der demokratische Parteivorstand Petersen hält jetzt die Stunde für gekommen, um in Berlin in einer öffentlichen Rede zu sagen, daß er sich der meinelidigen Offizierschäme. (Erregt. Zwischenrufe.) Kann man das Heer wirksamer zerschlagen als durch solche Angriffe? Kann man sich da wundern, wenn Offiziere im Kampf gegen den Bolschewismus wankend werden sollten. Die Entwicklung der Gewerkschaften rückt stark nach links — der Abgeordnete Regien hat den stärksten Radikalismus gepredigt — das um so mehr, wenn das Heer weiter so zerfällt und zermürbt wird, wie es bisher geschehen ist. Deshalb müssen wir dafür eintreten, das Heer zu stärken und auch seelisch zu unterstützen. Unsere zweite Aufgabe aber ist, dafür zu sorgen, daß wieder ein autoritärer, verfassungsmäßiger Körper gewählt wird. Das kann nur ein neu gewählter Reichstag sein. Wenn wir nicht dafür sorgen, daß in kürzester Frist ein Reichstag vorhanden ist, dann fehlt uns ein Krisenstabilisationspunkt, und dann fürchte ich, daß die Reichsregierung aufs schwerste bedroht ist. Darum müssen wir darauf dringen, daß bis zum Juni Neuwahlen stattfinden. Und noch ein anderes. Wir müssen eine Ablenkung versuchen gegenüber dem Bolschewismus, die wir durchaus tragen können, in deren Träger wir bisher gesehen sind. Ich würde es sehr bedauern, wenn die Entwicklung dahin ginge, daß auch nur vorübergehend das Parlament durch eine Notregierung ersetzt werden würde, denn aus dieser Entwicklung würden die Arbeiter sehr bald herausgedrängt sein. Es ist aber doch ein großer Fehler der Regierung, daß sie alles nur auf die formale Demokratie einstellt und den ägenden Berufsinflüssen der Masse kein Bewußtsein geschaffen hat. Wir müssen deshalb mit Entschiedenheit fordern, daß eine

Kammer der Arbeit neben dem Parlament

gebildet wird und dann ein weiteres: welche Gelegenheit wäre jetzt gegeben, um deutsche Arbeiter politisch zu wecken? Kammer ist uns entgegengehalten worden, der Bolschewismus sei nur eine Erscheinung, um eine Milderung des Berliner Friedens zu erreichen. Für die Frage, ob europäischer Bolschewismus oder alte Kultur, ist aber die deutsche Wirtschaftslage entscheidend. Wenn wir wieder genügend Arbeit, annehmbare Entlohnung und bessere Ernährung haben, dann ist der wichtigste Hemmschuh gegen den Bolschewismus eingeschaltet. Wenn wir nun neue Wahlen bekommen: unter welchen Gesichtspunkten sollen wir sie führen? Wie stehen wir als Partei und wie stehen die Gesamtausichten? In unseren Tagen geht die Zeit im Sauschritt, und vielleicht schon in ein paar Tagen stehen ganz andere Dinge im Vordergrund als die Kappische Episode. Die Demokratie steht heute schon in der Defensive. Am Donnerstag, 16. März, haben die Demokraten eine Interpellation gegen den Generalstreik eingebracht, und noch mehr als von ihnen wird die Demokratische Partei von ihren Münchener Parteifreunden desavouiert, die in ein Kabinett eingetreten sind, das auch auf dem Wege der gewalttätigen Staatsumwälzung und unter Anschluß der Sozialisten gebildet worden ist. Die Klarheit wird kommen, wenn dem Bürgertum erst klar ist, daß es sich um keine Existenz gegen den Bolschewismus und daß wir über das Kontrollorgan der Gewerkschaften in die Diktatur des Proletariats einzumünden drohen. Dann wird es wissen, was es von den einzelnen Parteien zu halten hat. Wir werden zwar von beiden Seiten bekommen, von rechts und von links, man wird auf der rechten Seite einsehen, daß wir mit unserer Ablehnung der Verschmelzung im Rechte waren, und auf der anderen Seite werden alles darauf hin, daß der Marxismus aus dem

demokratischen Lager sehr erheblich ist. (Lebhafte Zustimmung.) Man erkennt immer mehr, was wir brauchen, das ist eine Partei des freihheitlichen deutschen Volkstums, die eben so jede Reaktion bekämpft, wie sie einen scharfen Trennungsschritt führt gegen den Sozialismus und den allerhöchsten Kampf gegen den Bolschewismus. Nach einer solchen Partei sucht man geradezu im Bürgertum. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß unsere Partei einen solchen

Sammelplatz aller aufstrebenden freihheitlichen Volkselemente

wird, denn eine solche Sammlung ist das dringendste Gebot der Stunde.

Der Rede folgte lebhaftester, minutenlangem Beifall. In der Aussprache wurde durch gesunde Kritik klargestellt, daß trotz mancher Ausstellungen an Einzelmäßigkeiten der Partei Uebereinstimmung in der Billigung der Gesamthaltung der Partei besteht und daß die Partei mit frischem Optimismus in den Wahlkampf ziehen darf.

Die Hora des gemäßigten Bolschewismus.

Drei Möglichkeiten.

Der vollparteiliche Abgeordnete Professor Dr. Moldenhauer untersucht in der „A. Z.“ die augenblickliche innerpolitische Lage und stellt drei Möglichkeiten fest.

Drei Möglichkeiten der Entwicklung gibt es. Der Zustand der Kommunisten wurde im vergangenen Jahre mit Waffengewalt gebrochen, wenn auch Zugeständnisse, das Sozialistengesetz und die Verankerung des Räte-systems in der Verfassung, gemacht wurden. Diesmal sind die Ausichten für die Regierung, auf dem Wege der Macht sich durchzusetzen, viel ungünstiger. Das ganze Industriegebiet ist in der Hand der Kommunisten. Wie wenig neben ihnen die Mehrheitssozialisten bedeuten, zeigt die eine Tatsache, daß selbst die mehrheitssozialistische Aktion in Essen verboten wurde, weil sie einen Aufruf gegen die Diktatur der Räte brachte. Die beiden bürgerlichen Parteien spielen, wo sie überhaupt vertreten sind, nur eine untergeordnete Rolle. Es gehört viel Kühnheit dazu, wenn die Rheinische Zeitung vor einigen Tagen mit dem Hinweis darauf beruhigen wollte, daß die Arbeiterführer im Industriegebiet ausdrücklich erklärt hätten, sie stünden auf dem Boden der Verfassung. Aber sie pfeifen gleichzeitig auf sie, und zwar recht laut. Die Aktionsausschüsse, deren rechtliche Grundlagen wohl vergebens in der Verfassung gesucht wird, sehen Oberbürgermeister ab und neue Beamte ein, nehmen Personen in Schutz, rüsten rote Bataillone aus, legen den Arbeitgebern die Bezahlung der Streikfrage auf, den Gemeinden die Bezahlung und Verpflegung der roten Armee, verbotenen Zeitungen und Versammlungen, alles auf dem Boden der Verfassung. Die Kommunisten haben die Macht in den Händen, sie drohen bei gewalttätigem Vorgehen die Bergwerke zu sprengen und damit das Einschreiten des Verbandes zu bewirken. Und im Industriegebiet hält man diese Drohungen durchaus nicht für leer. Dazu kommt, daß das einzige Machtmittel der Regierung, die Reichswehr, von selbst beargwöhnt wird, daß auf der anderen Seite der Reichswehr allzu bekannt ist, daß starke Kräfte sie und insbesondere ihre Offiziere befehligen wollen. Das war das Gefährlichste des Unternehmens Kapps, daß er das einzige Machtmittel der Regierung, die Reichswehr, unbrauchbar machte oder doch sehr stark schwächte. Schon aus diesem Grunde hätte die Regierung eine schnelle Verständigung mit Kapp erzielen müssen. Wer die Verhältnisse im Industriegebiet kennt, der wird den Gedanken einer gewalttätigen Festigung als die letzte, die äußerste Möglichkeit ins Auge fassen.

Die zweite Möglichkeit wäre der Sieg der Diktatur des Proletariats die Errichtung Sowjetdeutschlands. Aber die Macht der Kommunisten ist begrenzt. Der Ruhrbezirk steht vor der schrecklichsten Hungersnot, Holland weigert sich, den Kommunisten Lebensmittel zu liefern, zumal der Verband gegen eine ausschließliche Belieferung Hollands mit Kohlen schnell Einspruch erheben würde. Der Ruhrbezirk kann nur leben im engsten Zusammenwirken mit dem übrigen Deutschland, in dem zwar allenthalben kommunistische Herde vorhanden sind und auch an anscheinend ruhigen Stellen das Feuer unter der Asche glimmt. Hunger nagt auch an der roten Armee. So werden die jetzigen Herrscher des Industriebezirks einlenken müssen, auch sie werden eine Verständigung suchen, die sie bereits heute als eine Etappe zum endgültigen Sieg betrachten. Die Verständigung wäre demnach die dritte Möglichkeit. Wie sie aussehen wird, zeigt die Berliner Vereinbarung mit den Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten und dem Deutschen Beamtenbund, zeigen die Bedingungen des Bielefelder Waffenstillstandes. Nur sehr naive Gemüter können behaupten, daß wir uns dann noch auf dem Boden der bisherigen Verfassung bewegen. Verwaltung und Gesetzgebung und, ihnen folgend, die Wirtschaft, treten unter die Herrschaft der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Die Millionen selbständiger Unternehmer in Landwirtschaft, Klein- und Großhandel, im Handwerk und der Industrie werden ausgeschaltet. Die Revolution von 1918 hat doch noch wenigstens einen Bauernrat vor. Eine Expresszeitung nennt die Kölnische Volkszeitung im ersten Jörn das Ergebnis, bis eine Mahnung von Berlin her sie zu sanfteren Besichtigungsstätten bewog.

Uebersaus bedenklich in der neuesten Entwicklung ist aber nicht nur das einseitige Betonen der ausschlaggebenden Stellung der Arbeiter, Angestellten und Beamten, sondern der Bonkott der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, von denen man her letztern überhaupt nicht den Vorwurf eines Zusammenhangs mit den Männern um Rapp machen kann. Man will diese Parteien ausschalten, auch in den Gemeinden, in denen sie die Mehrheit haben; man verbietet ihren Angehörigen den Eintritt in die Einwohnerwehr, wie es z. B. erst dieser Tage in Gummersbach geschehen ist.

Schließt sich die kommende Entwicklung nach der neuen Berliner und Bielefelder Richtlinie — die große Wahrscheinlichkeit spricht dafür — dann treten wir in die Ära des gemäßigten Bolschewismus ein, d. h. eine noch durch die demokratische Verfassung mühsam gedeckte Herrschaft der radikalen Arbeiter, Angestellten und Beamten. Wird diese Entwicklung nur eine Etappe zum völligen Bolschewismus sein? Dies hängt von mancherlei ab. Zunächst vom Verhalten des Verbandes. Hungerblockade und der vom Vernichtungswillen getragene Vertrag von Versailles haben ein vollgerüttelt Maß Schuld an den heutigen Zuständen in Deutschland. Bleibt diese Richtung beim Verband vorherrschend, dann ist der Siegeszug des Bolschewismus in Deutschland, dann aber auch ganz Europas, nicht mehr aufzuhalten. Die ungeheure Not, der die bisherige Regierung rat- und tatlos gegenüberstand, hat den Boden für die heutigen Kämpfe bereitet. Wird die Ernährungsfrage gelöst, so werden sich auch die politischen Gefahren bannen lassen. Voraussetzung ist allerdings, daß die im Volke schlummernden sittlichen Kräfte wieder wach werden, daß wahrhaft christlicher Geist über den Materialismus der Besitzenden wie der Besitzlosen siegt, daß Deutschland nicht im nivellierenden Sozialismus untergeht, sondern der Ausgleich zwischen dem

Recht der Persönlichkeit, dem Individualismus, und den sozialen Forderungen gefunden wird. Weder die Rückkehr alter konservativer Herrschaft noch die Diktatur des Proletariats kann uns emporführen. Der Aufstieg vollzieht sich auf der Linie, die die Deutsche Volkspartei in ihrem Programm, in der Vereinigung des nationalen, des liberalen und des sozialen Gedankens vorgezeichnet hat. Auf dieser Linie wollen wir alle Volksgenossen aller Stände sammeln in wahrer Demokratie, eine Arbeitsgemeinschaft aller schaffenden Stände bilden, die schließlich über den heutigen Egoismus der einzelnen Klassen siegen wird.

Forderungen führender Wirtschafts- und Berufsverbände an die Regierung.

Eine große Anzahl führender Wirtschafts- und Berufsverbände des Deutschen Reiches haben sich zusammengefunden und dem Reichspräsidenten die nachstehende Rundgebung durch eine Abordnung überreichten lassen:

In schwerster Stunde erheben die unterzeichneten Wirtschafts- und Berufsverbände, hinter denen Millionen treuer deutscher Staatsbürger stehen, ihre Stimme, um vor neuen schwerwiegenden Beschlüssen der Regierung ihrer einmütigen Auffassung Geltung zu verschaffen.

Nicht einer einzelnen Volksklasse, sondern dem einmütigen Zusammenstehen aller Volkskreise ist die rasche Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Zustände zu verdanken. Auch ferner werden wir ohne Rücksicht auf politische Anschauungen jeden Versuch, die Verfassung gewaltsam zu brechen, rückhaltlos bekämpfen.

Bei den Bemühungen der verfassungsmäßigen Regierung zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung durch Abbruch des Generalstreiks ist diese Einheitsfront aller Volksgenossen von radikalen Elementen zerschnitten worden. Gerade mit Vertretern dieser radikalen Richtung verhandelt jetzt die Regierung und läßt sich scheinbar von ihnen entscheidend beeinflussen. Die unterzeichneten Verbände sind nicht nur bereit, die Regierung diesen extremen Forderungen gegenüber zu schützen, sondern auch gewillt, ihre im Interesse der Gesamtheit zu erhebenden Ansprüche mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln durchzusetzen. Es geht nicht an, wertvolle Glieder des Volkes von der Beteiligung an den maßgebenden Entscheidungen auszuschließen und ihnen lediglich die hieraus entstehenden Verpflichtungen zu überlassen, wenn nicht unsere Wirtschaft und damit das Reich verhängnisvollen Gefahren ausgesetzt werden soll.

Wir erheben heute folgende Forderungen:

1. Ablehnung jeder Maßnahme, die offen oder verhüllt auf eine ungesetzmäßige Aenderung oder eine Umgehung der verfassungsmäßigen Bestimmungen hinstrebt.

2. Gleichstellung der Organisationen der übrigen schaffenden Stände mit den Gewerkschaften der Arbeiter, Beamten und Angestellten. Sofern mit Wirtschafts- und Berufsgruppen verhandelt wird, verlangen wir hinzugezogen zu werden.

3. Erhaltung einer nach allen Seiten hin starken und von allen Berufsgruppen gebildeten Regierung, die sich zur Durchführung ihrer Aufgaben auf die hierzu erforderliche Macht stützt.

Sollte die Regierung unseren Forderungen ablehnend gegenüberstehen, so würden wir hierin eine Entredung unserer Volkskreise erblicken müssen, deren Mitarbeit am Gesamtwohl unentbehrlich ist.

Bund der Handwerker, Reichsanseh der akademischen Berufsstände, Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Bund der Landwirte, Deutscher Landbund, Schutzverband für deutschen Grundbesitz, Hansabund für Gewerbe, Handel,

und Industrie, Deutscher Offiziersbund, Kartell der freien technischen Berufe, Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, Reichsbürgerrat.

Wahrheit und Dichtung.

Man könnte das, was wir in nachstehendem sagen wollen, auch mit der Ueberschrift versehen: „Demokratische Verleumdung und demokratische Heuchelei“. Diese Ueberschrift wäre zutreffender; wir haben sie aber im Interesse janzbesellter Gemüter, die es auch in dieser schweren Zeit, Gott sei Dank, ja immer noch gibt, vermieden.

Es ist selbstverständlich, daß die Demokratische Partei, deren Felle so stark im Abschwimmen waren und die nun, um noch zu retten, was zu retten ist, versucht, aus allen Blüten, so gar aus dem Giftbaum der Rappischen sogenannten Revolution Honig zu saugen, auch unserer Partei die schwersten Vorwürfe wegen ihres Verhaltens in den letzten zehn Tagen zu machen sich bemüht fühlt. Zum Teil sind diese Vorwürfe so dumm, daß sich ein Eingehen auf sie überhaupt nicht verbietet. Wenn aber der Führer der Demokraten schon in einer Stuttgarter Versammlung anläßlich der dortigen Tagung der Nationalversammlung geäußert hat, sagen zu dürfen, die Rechtsparteien hätten durch Aufpeitschung aller Leidenschaften die Stimmung geschaffen, ohne die der Rappische Putz nicht wohl denkbar gewesen wäre, und sie träge die Mitverantwortung dafür, so muß ein derartiger Versuch, die die Verantwortung von der damaligen Regierung, die erst den Boden für alle Putzschüsse von rechts und links durch ihr Tun und Unterlassen im letzten Jahre geschaffen hat, auf andere abzuwälzen, auf das schärfste zurückgewiesen werden. Es ist die Pflicht der Opposition, bei jeder Gelegenheit auf die Fehler der Regierung aufmerksam zu machen, und so wenig sich der Freisinn in Wasserstiefeln und in Wadenstrümpfen dies Recht unter der früheren Regierung hat nehmen lassen, so wenig werden uns Verdrüssungen von jener Seite, und mögen sie noch so niedrig sein, davon abhalten, das zu tun, was wir für unsere Pflicht halten. Mögen die Mehrheitsparteien dafür sorgen, daß wir keinen Grund zur Kritik haben, dann wird unsere Kritik sofort verstummen. Solange sie dies nicht wollen oder nicht können, solange werden wir reden. Aber auch wenn wir nicht reden würden, so würden die Taten und die Unterlassungen der Mehrheitsparteien, und besonders der Demokraten, laut genug zum Himmel schreien.

Daß die Neben der großen Demokraten-Führer die kleine Meute draußen nicht schlafen lassen, ist selbstverständlich. Aktive Minister und solche, die es werden wollen, ziehen landauf, landab und greifen das dünne Metall der Führer in noch dünneres Blech um, können dabei natürlich aber auch das noch stärkere Verleumdungen nicht lassen. So hat einer von diesen Leuten, der eine führende Rolle in der demokratischen Partei seines Heimatstaates und in der dortigen Regierung spielt, gar zu behaupten gewagt, in den Erklärungen, die die Rechtsparteien in Stuttgart zu dem Putz abgegeben haben, klinge „der Unterton des Bedauerns hindurch, daß die Sache so schlecht gelungen sei“. Wahrheit: unser Fraktionsredner ist in Stuttgart in der schärfsten Form von dem Rapp-Puttsch abgerückt. Dichtung: der Unterton des Bedauerns! Und dabei hat jener Ehrenmann die Erklärung auch noch persönlich mit angehört, und er hätte sich vielleicht auch bei Angehörigen der Mehrheitsparteien selbst über ihre Wirkung und den angeblichen Unterton erkundigen können. Ist solche Umwertung auf mangelndes Verständnis zurückzuführen oder ist es bewußte Entstellung? Wir lassen dem Redner und den Zuhörern die Wahl.

Am interessantesten aber ist das Verhalten der Demokratie, und vor allem ihrer Presse gegenüber

dem „Fall Schiffer“ und der Tätigkeit Schiffers während des Kappregiments in Berlin. Zuerst bewarft uns Demokratie, und vor allem das „Berl. Tagebl.“ mit Schmutz, weil sich unser Fraktionsführer Heinze in den schlimmen Tagen in Berlin darum bemühte, das Ende der Kappregierung nicht durch einen mörderischen Bürgerkrieg, sondern auf dem Wege gütlichen Zuredens herbeizuführen. Ja, man wagte sogar zu behaupten, die Regierung habe jegliche Unterhandlung mit den Aufrührern abgelehnt, Minister Schiffer habe betont, nur bedingungslose Unterwerfung könne in Betracht kommen. Er habe ausdrücklich erklärt, er gebe keinerlei Erklärung für die Regierung ab, könne auch in keine Verhandlungen eintreten. Und jetzt lesen wir in einer Morgenzeitung:

„Man hat dem Minister Schiffer auch in den demokratischen Parteikreisen, die fern von Berlin dem Putz zusahen, einen Vorwurf daraus gemacht, daß er mit dem General Lüttich verhandelt habe. Auch wir hätten es lieber gesehen, wenn diese Abenteuer... ohne weiteres hinweggespült worden wären. Aber wer die Tage nicht bloß von weitem, sondern aus unmittelbarer Nähe angesehen hat, wird zugeben müssen, daß Besprechungen — nicht Verhandlungen — notwendig waren, um diese Machthaber so schnell wie möglich aus Berlin hinaus zu komplementieren, da man irgend welche militärischen Machtmittel nicht in der Hand hatte, um sie mit Gewalt hinauszudrängen. Jeder Tag, um das sich dieses Abenteuer verzögerte, mußte nicht bloß Berlin, sondern das ganze Deutsche Reich näher an den Abgrund führen. Der Generalsstreik mußte, nachdem er einmal erklärt war, mit Notwendigkeit zuzugestehen zu einer entsetzlichen Hungersnot, und damit zu einem Krieg aller gegen alle führen. Das war unter allen Umständen zu verhüten.“

Jedes Wort, das hier gesagt wird, unterschreiben wir reiflos. Es ist die beste Rechtfertigung des Verhaltens, das unsere in Berlin zurückgebliebenen Freunde in diesen Tagen geübt haben. Sie haben nach dem Urteil jener Zeitung durch ihre Teilnahme an Besprechungen das Schlimmste verhütet, und daß dieses Urteil ausgerechnet von dem gleichen Berliner Tageblatt — denn aus ihm entnehmen wir obige Sätze — abgegeben wird, das noch am vorhergehenden Tag jenes Verhalten nicht nur scharf mißbilligt, sondern auch jede Mitarbeit des demokratischen Ministers Schiffer in der schärfsten Form abgelehnt hatte, macht das Urteil erst recht beweiskräftig. Vielleicht werden die nächsten Tage aber noch klarer zum Ausdruck bringen, inwieweit Herr Schiffer an diesen Besprechungen beteiligt war, oder inwieweit sie gar in seinem Auftrag geführt worden sind, als dies das „Berl. Tageblatt“ heute schon jagt. Wenn Herr Schiffer und seine Freunde in dieser Richtung nicht selbst Farbe bekennen, dann könnten vielleicht andere, die über die Rolle Herrn Schiffers genau unterrichtet sind, an ihm die Zeremonien des Mundöffnens vornehmen.

Weitere demokratische Verleumdungen.

Die demokratische Presse setzt ihren Verleumdungszug gegen die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei fort. Neben dem „Berliner Tageblatt“, das sich in der Wahrheitsentstellung natürlich wie immer besonders hervorgetan hat, tritt namentlich die „Frankfurter Zeitung“ hervor. Sie erhebt gegen den Abgeordneten Dr. Heinze, dessen Stellung gegen den Putzschuß doch wirklich völlig klar und unanfechtbar ist, den Vorwurf, daß er von der Putzabsicht der Regierung keine Anzeige gemacht habe. Wir wollen hierzu nur feststellen, daß niemand weniger von der Wahnsinnstat der Putzisten etwas

gewußt hat, als Abg. Dr. Heinze. Wie wenig Vorwürfe im Sinne der „Frankfurter Zeitung“ überhaupt angebracht sind, beweisen die Erklärungen des Generals v. Seede, die in der Abend-Ausgabe des „Berliner Tageblattes“ vom 26. März veröffentlicht werden. Herr v. Seede sagt folgendes: „Ich habe die Sache kommen sehen. Ich habe gewarnt nach allen Richtungen hin. Aber starke energische Maßnahmen, die notwendig gewesen wären, waren leider nicht durchzuführen.“ Dem gegenüber berührt es fast fndlich, wenn man Abgeordneten der Deutschen Volkspartei böswilliges Verschweigen von Plänen zum Vorwurf machen will, von denen sie nichts gewußt haben. Im übrigen werden bei den bevorstehenden Verhandlungen in der Nationalversammlung die Redner der Deutschen Volkspartei die gebührende Antwort auf die demokratischen Verleumdungen nicht schuldig bleiben.

Die Nacht am Rhein.

O Deutschland, dunkel ist dein Golaatha,
Verworfenen reißt die Hand zum Bunde.
Reht ist die kleine Zeit der Kleinen da,
Unschädlich liegt der R'ke ja am Grunde.
O Deutschland, Reid frist dir am Eisenwerte,
Der Trauerschl' ter raubt dir die Nacht,
Der deutsche Tag ist auch der Tag der Erde,
Und Deutschlands Nacht ist auch der Erde Nacht.

O Deutschland, d' nen Nacht viel Sterne schmücken,
Dein Weg ist schon vom Morgenglanz erhellt,
Und neu wird deinem Reich die Ernte glücken,
Du größter Stemann auf dem Erdenfeld.
Noch reiner wirst du dein n Schild erheben
Hoch über dem verirrten Völkerswurm,
Bergehen durch dein reiches Glückesleben
Der Tränen und des Blutes bitterm Harm.

Aus Weimar blüht des Ed' laists Gefunkel,
Kants Himmel wölbt sich über d'r die Pflicht,
Das Wormser Echo schallt durch Zeitenbunkel:
Hier hebe ich und anders kann ich nicht!
Das Fortsch' Fausts und seine Neuetränen
Vertiefen immer noch das Menschentum,
Die Orgel Bachs gibt Stimme all m Sehnen,
Noch weht ihr Klang der Menschheit Heiligtum.

Wel! Meilen hat die rohe Kunst zerplittert,
Des Denkers Werk wird nie ihr Opfer sein;
Im Reich des Geistes steht noch unerschüttert
Auf ihrem Pfosten treu die Nacht am Rhein.
Sie steht auf ew'gem Fels und schaut ins Weite,
Blickt auf der Zwergen R'ke n'berwärts,
Und unter ehrenvoll m Raffenkleide

Schlägt immer noch der Menschheit arbeits Herz!

Finisch von Weikko Antero Koskinnemi.

Deutsch von F. Israel.

Die Politik der Woche.

Die Politik der Woche steht fortgesetzt noch unter dem Eindruck des Kapp-Putches und seiner Folgen. Als Kapp seinen Versuch mit untauglichen und unzulänglichen Mitteln unternahm, und die schon lange an innerer Entkräftung leidende Regierung Bauer Hals über Kopf die Flucht ergreifen mußte, da waren es die Unabhängigen und die bald mit ihnen m'tlaufende Ueberzahl der sogenannten Mehrheitssozialisten, die der Kappischen Regierung nur ein Vier-Tage-Regiment beschreiben sein ließen und dem Bauer-Kabinett wieder in den Sattel halfen. Darob heller Jubel in der sozialistischen, aber auch und vor allem in der demokratischen Presse, besonders im „Berliner Tageblatt“. Zweimal vier Tage durfte sich aber das alte Kabinett nur behaupten, dann war sein Lebenslicht ganz erloschen, ausgepustet von denselben Herrschaften, die ihm soeben erst zum letzten Male die Steigbügel gehalten hatten. Krampfhaft Versuche wurden gemacht, um dem alten, kranken Körper neues Blut einzuführen; es geschah so, daß man — wahrscheinlich jenen linksradikalen Steigbügelhaltern zum Dank — den Prozenzfuß der bürgerlichen Mitglieder im Kabinett eher erhöhte als verminderte; angeblich suchte man dabei Dedung mit der Begründung, daß der Verband eine schärfere Radikalisierung

des Kabinetts, die dem Wege zur Räterepublik verweigert ähnlich sähe, nicht dulden und mit Zwangsmaßnahmen vorgehen würde. Die Herren, die solches sagten, dürften nicht ganz unrecht gehabt haben; war doch das Verhalten der Bundesvertreter in den ersten Tagen des Kapp-Regiments für die Sozialisten wenig beglückend gewesen. Aber diese Erkenntnis fehlte den Radikalen, die nun einmal ihren Willen, koste es, was es wolle, durchzusetzen suchten. Und so kann es eigentlich kein Erstaunen erregen, daß dem rekonstruierten Ministerium Bauer nur eine vierundzwanzigstündige Existenz beschieden war. Just zu dem Tage, da es sich der Nationalversammlung vorstellen sollte, nahm es statt dessen Abschied, um — nun, um einer neuen Regierung Platz zu machen, die der alten ähnlich steht wie ein Ei dem andern. Unseres Erachtens bildet das neue Kabinett nur eine Uebergangsregierung. Je nach ihren Taten wird sich mehr oder weniger schnell schon jetzt eine reinliche Scheidung nach rechts oder links anbahnen müssen. Das Bürgertum wird die Gefahren, die ihm drohen, erkennen, während die tosende Seele der Linksradikalen ihren Triumph, das Heft allein in die Hand bekommen will. Das bisherige Verhalten des immer noch gleichgültigen Bürgertums bringt es — leider wissen wir das sagen — dahin, daß wir erst alle in der Laune Münchens oder Nienpests gewaschen sein müssen, ehe wir uns auf uns selbst und auf das Wohl unseres Vaterlandes besinnen. Im übrigen dürfte einem Kabinett Hermann Müller schon deshalb keine lange Regierungszeit und kein Erfolg beschieden sein, weil, wie auch das Ausland weiß, der bisherige Reichsminister des Auswärtigen gerade zu den schwächsten Figuren des alten Kabinetts gehörte, ein Mann, von dem man nicht mehr weiß, als daß er die Äkte seiner Unterbeamten mit seinem Namen versah, ein Mann, den das „Echo de Paris“ und nach ihm auch andere Blätter mit dem schönen Namen „poltron“ belegte.

Um die durch den gänzlich überflüssigen Generalsstreik entseelten Geister zu versöhnen, hatte die Regierung der Ebert und Bauer den am Ausstand beteiligten Gewerkschaften Zugeständnisse machen müssen, an deren Spitze die Zusage steht, daß bei Neubesehung von Ministerstellen diesen Gewerkschaften maßgebender Einfluß eingeräumt werden solle. Als es nun am Donnerstag schon schien, als werde sich das Ministerium Bauer im Amt halten und nur Drosle auszutauschen habe, wählten die Gewerkschaften auf die Zugeständnisse vom vorigen Samstag und verlangten das Ausscheiden weiterer Minister, besonders des Justizministers Schiffer, der die Flucht nach Stuttgart nicht mitgemacht hatte, sondern in Berlin zurückgeblieben war und mit der Regierung Kapp verhandelt hat. Und das Auftreten der Gewerkschaften hatte Erfolg. Nicht nur Schiffer mußte aus der Regierung ausscheiden, sondern gegen den Willen der Mehrheitsparteien mußte das Ministerium Bauer als Ganzes zurücktreten und daraufhin auch das preussische Ministerium, und es waren völlig neue Ministerien zu bilden, und die Gewerkschaften, vertreten durch Legien haben den neuen Männern ihre Genehmigung zu erteilen. Hiermit haben die Mehrheitsparteien die Quittung für ihr Verhalten in der Streikfrage erhalten; es ist durch einen Staatsstreik bester Form die Verfassung in einem ihrer wichtigsten Punkte umgestoßen. Das Parlament, das heißt, seine Mehrheit, hat nicht mehr die Auswahl der Minister in der Hand, um sie dem Reichspräsidenten, der die Ernennung vorzunehmen hat, zu präsentieren. Parlament und Reichspräsident hat immer erst die Meinung der Gewerkschaften einzuholen, die dadurch vor den Organisationen der Landwirte, des Handels oder des Mittelstands ein sachlich nicht zu begründendes Vorrecht erhalten. Und ist nun wenigstens äußerlich Ruhe? Der stolze Bau der „freien“ Gewerkschaften tracht ja in allen Augen. Kommunisten und Syndikalist unter Führung des bekannten Dämmig, den die Regierung wenige Tage vor dem Haftbefehl gegen Kapp aus der Schutz-

gast entließ, haben sie mit ihren Anhängern durchgeht. Nun stellt Däumig in deren Namen neue Forderungen auf, die hinauslaufen auf die Entwaffnung und Entrechtung des gesamten Bürgertums zugunsten der Arbeiterschaft seiner Richtung. Ganz offen wird das bolschewistische Rußland als Vorbild hingestellt. Die Gelegenheit ist günstig. Auf dem Boden der Roten Erde steht unter dem Kommando russisch-bolschewistischer Offiziere schon eine ganze Rote Armee im Kampf gegen schwache Reichstruppen. Ihnen auch von Berlin aus zur Hilfe zu kommen, ist das Ziel von Däumigs Ultimatum an die Regierung. Zögert sie, zugunsten des Bolschewismus abzutreten, so tritt der kaum beigelegte Generalstreik wieder in Kraft. Ihn in alter Weise als verbrecherisch zu kennzeichnen, ist weder der Regierung in der Lage, noch die mehrheitssozialdemokratische Partei, noch die Demokratische, die sich bei den Wahlen rühmte, die eigentliche Bürgerpartei zu sein. Sie, die in ihrer Angst vor dem Umsturz von rechts, dessen Ziel doch nur die Ausführung der Verfassung war, alle Fassung verloren haben, stehen jetzt einer Gefahr gegenüber, an die zu glauben sie hartnäckig ablehnten. Aber ist das von Regien Erreichte nicht auch für einen Däumig billig zu fordern? Es zeigt sich eben jetzt, was dabei herauskommt, wenn man einer unbefugten Instanz das Recht zu Eingriffen in die Regierung zugesteht. Ist der Boden der Verfassung einmal verlassen, so ist kein Halten mehr abzusehen.

Inmitten der politischen Leere, die an die Stelle der Staatsautorität getreten ist, nimmt das wirtschaftliche Leben nach den furchtbaren Lähmungserscheinungen des Generalstreiks wieder seinen Anfang. Aber weite und große Flächen sind in Deutschland noch vorhanden, in denen das Feuer politischer Unruhe Nahrung findet und weiter um sich greift. Im ganzen westfälischen Industriegebiet, um nur den größten Feuerherd zu nennen, brennen die Flammen noch lichterloh. In dieser Lage hält nur eine Stütze noch das wirtschaftliche Leben und den Zusammenhang der Reichseinheit aufrecht: die bewaffnete Macht, die in der Reichswehr organisiert ist. Die Deutsche Volkspartei hat es auf das Schärfste verurteilt, daß unsere Wehrmacht durch Herrn Kapp in den politischen Strudel gezogen worden ist. Aber ebenso scharf müssen wir dagegen protestieren, daß man die Reichswehr in diesem Strudel nunmehr versinken läßt. Und diese ungeheure Gefahr erhebt sich immer drohender. In Berlin hat man die bewaffnete Macht wenigstens noch in notdürftiger Stärke auf dem Posten gelassen. Dagegen ist im ganzen Industriegebiet die bewaffnete Arbeiterschaft gegenüber der Reichswehr siegreich geblieben. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Aufstandsbewegung im Industriegebiet völlig im kommunistischen Fahrwasser schwimmt. Die dort gebildeten Aktionsausschüsse der Arbeiter sind nichts weiter als zuweilen noch notdürftig verkappte Räteorgane. Sie sehen Behörden ab, bilden revolutionäre Sondergerichte und verbreiten, wo sie herrschen, die Ruhe des roten Schreckens. Die Truppen, die vor ihnen das Feld räumen mußten, sind zum Teil in einer Weise bekämpft worden, die alle Schrecken des Krieges überbietet. Und diese Truppen sind nicht etwa Putzschlampen gewesen, sondern regelrechte Reichswehrtruppen, die sich für die verfassungsmäßige Regierung eingesetzt haben.

Und wie nimmt sich die Regierung ihrer an? Die aufständische und bewaffnete Arbeiterschaft hat durch ihren Ausschuß von Hagen aus an die Regierung gedroht und Herr Bauer hat geantwortet: Wohnt? Mit Worten des Dankes dafür, daß die drei sozialistischen Parteien — d. h. die sogenannten Mehrheitssozialisten, die Unabhängigen und die Kommunisten — der Regierung in ihrem Kampf mit der Reaktion treu zur Seite gestanden hätten. Diese Dankesworte dürfen bewaffnete Auführer in Empfang nehmen, die gegen die wirklichen Stützen der Staatsautorität, gegen die Reichswehr, gekämpft und sie versagt haben. Muß unter einer solchen Behandlung nicht auch der beste Geist der treuesten Truppe

zusammenbrechen? Und was bedeuten die Vereinbarungen vom 20. März in Bezug auf das Heer? Bedeuten sie nicht mit voller Klarheit, daß von Regierung wegen die zerstörende Hand an die letzte Waffe gelegt werden soll, die uns noch im Kampfe gegen die Unterwühlung aller Staatsgrundlagen und gegen die Zerstörung unseres ganzen wirtschaftlichen Lebens geblieben ist? Damit erhebt sich vor uns eine ungeheure Gefahr. Keine Pflicht ist heute heiliger, kein Ruf dringender durch die Not der Stunde geboten, als der eine: Steht zum Heer, laßt diese letzte Stütze nicht wankend werden.

Aus der Partei.

Zur Vorgeschichte des Kapp'schen Putschs.

Gegenüber den Behauptungen der Mehrheitsparteien, die Rechtsparteien, und insbesondere die Deutsche Volkspartei, seien von dem Kapp-Putsch unterrichtet gewesen und hätten mit ihm sympathisiert, seien folgende Vorgänge festgestellt:

Im Anfang dieses Monats verhandelte General v. Rüttow im Namen der Offiziere u. a. mit dem liberalen Fraktionsführer Dr. Heinze und teilte ihm mit, daß das Offizierkorps ganz energisch auf Herabsetzung für die Nationalversammlung dränge, da es sich von der derzeitigen Zusammensetzung keine Förderung seiner und der Reichswehr Interessen versprache. Daraufhin fand am 5. März eine Besprechung der beiden Rechtsparteien statt, an der von der Deutschen Volkspartei die ehemaligen Staatsminister Dr. Heinze und Dr. Becker und der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei Dr. Stresemann und von den Deutschen nationalen Poladowski, Dr. Herzt, v. Gräfe und von der Mitte teilnehmen. In dieser Sitzung wurde beschlossen, daß Dr. Heinze und Graf Poladowski zum Reichsanwalt Beuer gehen sollten und von ihm in aller Dringlichkeit ein Nachgeben gegenüber den Forderungen der Offiziere verlangen sollten. Außerdem wurde der Beschluß gefaßt, eine Interpellation in der Nationalversammlung einzubringen, die diesen Wünschen Geltung verschaffen sollte. General v. Rüttow wurde von diesem Vorhaben der Rechtsparteien verständigt und ihm darüber hinaus zu verstehen gegeben, daß alle parlamentarischen Mittel zur Durchsetzung ihrer Forderungen angewandt werden würden, sowie daß gerichtlich verurteilt, daß einzelne Heißsporn: an gewaltsamen Umsturz dächten, und ihm kein Zweifel darüber gelassen, daß die beiden Rechtsparteien jedes ungeheuerliche Vorgehen als verbrecherischen Wahnsinn ansehen würden. Diese Erklärung wurde mit eben diesen Worten namens der Deutschen Volkspartei durch Dr. Marek dem General v. Rüttow überreicht. Darauf wurde von militärischer Seite erklärt, an ein beratendes Vorgehen dächten sie gar nicht.

Die Deutsche Volkspartei und die Gegenrevolution

Die Deutsche Volkspartei, Ortsgruppe Köln, hielt eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung im großen Saale des Coloniahauses ab. Der Vorsitzende der Ortsgruppe Dr. iur. Max Heilmann sprach über die Deutsche Volkspartei und die Gegenrevolution. Nach einer Darstellung der wirtschaftlichen und außenpolitischen Lage vor dem 13. März kam Dr. Heilmann auf den Staatsstreik Kapps zu sprechen. Wer die Grundsätze der Deutschen Volkspartei kannte und ihre Politik seit dem Entstehen der Partei im Dezember 1918 verfolgt hatte, konnte über ihre Beurteilung der Berliner Vorgänge vom 13. März keinen Augenblick im Zweifel sein, er mußte sich vielmehr ohne weiteres sagen, daß die Deutsche Volkspartei das Vorgehen Kapps nicht zu billigen, geschweige denn sich einfach auf den Boden der sogenannten „neuen Regierung“ zu stellen vermöchte. Der Redner wies unter dem Beifall der Versammlung den Versuch zurück, die Gegenrevolution vom 13. März d. J. mit andern Maßstäben zu messen als die Revolution vom November 1918. Weiter kennzeichnete er die Aufwärtbewegung von links, die dem Putsch der Kapp und Genossen gefolgt ist, als verfassungswidrig und als völkisch und vaterlandsfeindlich. Die Revolution von links sei nicht eine bloße Folge der Gewalttat vom 13. März d. J., sie sei von langer Hand vorbereitet gewesen, und von ihren Führern sei der Staatsstreik des Herrn

Kapp als willkommenes Anfaß zum Vorschlagen begrüßt worden. Die Deutsche Volkspartei habe am 13. März und an den folgenden Tagen den Boden der Verfassung nicht verlassen und sei in Berlin ehrlich bemüht gewesen, einen gerechten Ausgleich zu finden. Wenn es nicht gelungen ist, die Gegenwirkung des Kapp'schen Putschs aufzuhalten, so sei das nicht ihre Schuld gewesen. Die Geister, die die Mehrheitssozialisten in jahrelanger Agitation gerufen, würden sie jetzt nicht wieder los. Die Verkündung des Generalstreiks sei ein Verbrechen am Volk gewesen, dessen Folgen noch unübersehbar sind. Die Deutsche Volkspartei habe in den kritischen Märztagen die Parole ausgegeben: Ruhe, Ordnung und Arbeit. Die Deutsche Volkspartei würde auch weiterhin den Weg, den sie eingeschlagen habe, verfolgen, unbekümmert um Angriffe von links und von rechts. Sie sei eine Partei der Mitte, des gesunden Ausgleichs und besonnenen Fortschritts.

Ein Mißverständnis, das nicht veraltet ist.

Im Erzbergerprozeß kam u. a. auch zur Sprache, daß eine Reihe von größeren Beträgen auf die ihnen demnächst für ihre liquidierten lothringischen Erzruben und sonstigen Besitzungen zustehenden Entschädigungen als Vorschuß eine Summe von 400 Millionen Mark ausbezahlt worden sei. Die Angelegenheit wurde zwischen Finanz- und Wirtschaftsministerium verhandelt. Nach unwiderprochenen Zeitungsnachrichten hat der darüber als Zeuge vernommene Reichswirtschaftsminister Schmidt erklärt, die Sache sei ihm persönlich gar nicht bekannt, da sie von seinen Beamten bearbeitet worden ist. Es ist doch interessant, hier einmal aus beruflichem Munde zu hören, wie „großartig“ heute gearbeitet wird! Eine Angelegenheit, bei der es sich doch offenbar um eine aus wirtschaftlichen Gründen für notwendig gehaltene Unterstützung handelt und bei der die für unsere heutigen Verhältnisse ja allerdings nur als Kleinigkeit anzusehende Summe von 400 Millionen Mark in Frage steht, läßt der Herr „Reichswirtschaftsminister“ von seinen Beamten so selbständig bearbeiten, daß er überhaupt nichts davon erfährt! Früher wußten die Minister, was in ihren Ministerien vorging. Heute können es die Minister freilich nicht mehr wissen, zum Teil, weil ihnen die Fähigkeiten dazu fehlen, die Geschäfte ihrer Ressorts zu übersehen oder vielmehr zu verstehen, teils weil sie sich offenbar um Wichtigeres zu kümmern, z. B. Wahlreden in der Nationalversammlung vorzubereiten haben u. a. mehr. Wenn aber ein Minister eine Reichsaufwendung von 400 Millionen für eine solche Bagatelle ansieht, daß er sich um die überhaupt nicht kümmert, dann darf man sich wahrhaftig nicht darüber wundern, daß unsere Finanzen — daneben aber auch unser wirtschaftliches Leben — nach und nach völlig vor die Hunde geht.

Aus demselben Ministerium werden ja auch noch andere Geschichten erzählt, die sich recht lieblich anhören. Der Abgeordnete Dr. Becker hat erst vor kurzem darauf hingewiesen, daß dieses Ministerium sich zu einem reinen Wasserlopf ausschwanzen hat, so daß sich die Referenten der verschiedenen Abteilungen kaum noch kennen, daß aber auch in diesem Ministerium jede einheitliche Leitung fehlt, so daß jede Abteilung ihre besonderen Anschauungen vertritt.

Parteiagitation auf Reichskosten.

Der Abgeordnete Dr. Hugo hatte an die Reichsregierung eine Anfrage gerichtet hinsichtlich der Veranstaltung von sogenannten Aufklärungsversammlungen der Reichszentrale für Heimatsdienst. Die Redner hatten völlig einseitig politische Forträge im Sinne der Parteiauffassung der Regierung gehalten, so daß man hier tatsächlich von einer Propaganda für die Parteiregierung sprechen könnte, für den Fall, daß tatsächlich diese Aufklärungsversammlungen im Auftrage der Reichsregierung und auf Kosten des Reiches erfolgen.

Dem Abgeordneten Dr. Hugo ist nunmehr von der Reichsregierung die Antwort erteilt worden, daß die Reichszentrale für Heimatsdienst

die in Rede stehenden Vorträge im ausdrücklichen Auftrag des Reichsfinanzministeriums veranstaltet hat und daß weitere derartige Vorträge folgen sollen. Die in Hamm in Westfalen veranstaltete Aufklärungsverammlung hat nach der gleichen Antwort der Reichsregierung einen Kostenaufwand von 10 795,45 Mark zu Lasten der Reichskasse ergeben. Man sieht, wie hier die Reichsregierung ohne Sachverhalt aus den öffentlichen Reichsmitteln ihre Parteipropaganda betreibt auf Kosten der Steuerzahler. Auch eine Ergründung der neuen Systeme, die bei den nächsten Wahlen eine entsprechende Würdigung durch die Wählerschaft finden dürfte.

Verlängerung der Notfristen.

Der Abgeordnete Duschke hat folgende Anfrage eingebracht:

Infolge der Unruhen, welche am 13. März ausbrachen, sind in sehr vielen Fällen die Notfristen nicht eingehalten gewesen. Aus diesem Grunde würden die Gerichte durch eine Menge von Anträgen auf Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand überlastet werden. Ist der Reichsregierung diese Tatsache bekannt und ist sie bereit, auf eine gesetzliche Bestimmung hinzuwirken, daß alle Notfristen, welche vom Samstag, den 13. März bis zur Wiederkehr ordnungsmäßiger Verhältnisse ablaufen, um einen entsprechenden weiteren Zeitraum verlängert werden?

Gewalt geht vor Recht.

Von einem Parteifreund wird uns geschrieben:

In Gummersbach hatte sich in den Rapp-Tagen ein Aktionsausschuß gebildet, bestehend aus Zentrum, Demokraten, Mehrheits- und Unabhängigen Sozialdemokraten. Außerdem wurde eine Einwohnerwehr gegründet, in die aber laut Beschluß des Aktionsausschusses keine Mitglieder der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen aufgenommen wurden, so daß die Wehr von Anfang an den Stempel einer sozialistischen Arbeiterwehr trug. Nun hatte die Ortsgruppe der D. V. P. in Gummersbach zu einer Mitgliederversammlung geladen und da geschah es, daß einige bewaffnete Leute der Einwohnerwehr erschienen und verlangten, die Versammlung sofort aufzuheben, andernfalls Verhaftung aller männlichen Personen und Abtransport nach Kennesy erfolge. Die Legitimation war von einem Mitgliede des Kennesyer Bollzugsrates unterschrieben. Nach Erschließung der Sitzung mußte jeder männliche Anwesende seine Personallisten angeben. Später verlangten die augenblicklichen Gewaltherren sogar die Mitglieder der Ortsgruppe, die sie allerdings nicht fanden. So werden „Schwarze Listen“ angefertigt. Und alles das geschieht von und durch den Aktionsausschuß und die Einwohnerwehr, an denen Zentrum und Demokraten beteiligt sind. Dafür durften denn auch die Demokraten zu demselben Abend eine unge störte Versammlung abhalten. Es heißt allerdings, jetzt werde es ihnen doch zu bunt und sie würden aus dem Aktionsausschuß austreten. Diese Erkenntnis kommt, wie immer bei den Demokraten, reichlich spät.

Siegen, den 20. März 1920. Am Freitag, dem 19. d. Mts., fand im Langenbachschen Saale die Hauptversammlung des Ortsvereins der Deutschen Volkspartei statt. In seiner Begrüßungsansprache bemängelte der Vorsitzende, Herr Klingenspor, die geringe Anteilnahme der bürgerlichen Parteien an solchen Versammlungen. In unserer politisch so ereignisreichen Zeit ist es wichtig, daß jeder Einzelne seine Pflicht tut. In seiner Rede über die politische Lage legte Herr Klingenspor die Stellungnahme der D. V. P. zu den jüngsten politischen Ereignissen dar, insbesondere in unserer Stadt. Nach Bekanntwerden des Berliner Bußschusses lud Herr Klingenspor noch am Samstag Abend die Vorsitzenden aller hiesigen politischen Parteien zu einer Besprechung ein, um zu den Ereignissen Stellung zu nehmen. Das Ziel dieser Besprechung sollte eine Ent-

Unsere Freunde wollen dem „Beobachter“ ihre Anzeigen zuweisen, nicht nur die Geschäfts-, sondern auch die Familien-Anzeigen. Die Leser des „Beobachter“ müssen wissen, daß das sie verbindende geistige Band einen materiellen Einschlag wohl vertragen kann.

schließung aller Parteien sein, die Siegerländer Bevölkerung aufzufordern, Ruhe und Ordnung zu bewahren und zur Aufrechterhaltung von Wirtschaft und Verkehrsleben beizutragen zum Wohle des Einzelnen und des ganzen Landes. Die Sitzung mußte aber abgebrochen und auf Montag, den 15. März verschoben werden, da einzelne Herren erklärten, den Beschluß erst nach Rücksprache mit ihrer Partei unterschreiben zu können. In der Montagsitzung kam es zu einer nochmaligen lebhaften Aussprache, aber wiederum nicht zu einer gemeinsamen Entschließung, weil die Deutschnationalen Partei erklärten, eine gemeinsame Entschließung wäre durch die Entwicklung der Ereignisse (Generalstreik) bereits überholt. So bedauerlich das Nichtzustandekommen eines gemeinsamen Beschlusses war, so wohlthuend war andererseits doch der Wille der Parteien, Ruhe und Ordnung in unserem Kreise aufrechtzuerhalten zu wollen, und das Versprechen, in diesem Sinne auf die Mitglieder ihrer Parteien einwirken zu wollen. Nach diesen ergebnislos verlaufenen Besprechungen hat dann der Vorstand des D. V. P. Siegen einen Aufruf an die Siegerländer Bevölkerung erlassen, der durch die Zeitungen und durch Anschlag ja allgemein bekannt geworden ist. Aus all diesen Arbeiten der D. V. P. geht hervor, wie sehr die Partei einen Gewaltstreik von rechts oder links verurteilt, und daß sie Änderungen unserer Lage nur auf verfassungsmäßigem Wege gutheißen kann. Herr Klingenspor zeigte dann weiter, daß es im Reiche zu Ausschreitungen und zu Gefährdung von Leben und Sicherheit der Einwohner gekommen sei, und daß man deshalb in den meisten Städten und Orten Einwohnerwehren hat bilden müssen. Auch in unserer Stadt hat man begonnen, eine solche zu bilden, und Herr Klingenspor betonte, daß es die Pflicht eines jeden sei, sich in den Dienst der guten Sache zu stellen. Der Erfolg war, um dies vorweg zu sagen, der, daß noch am selben Abend zahlreiche Mitglieder der D. V. P. sich auf dem Rathaus zur Einwohnerwehr meldeten und noch dieselbe Nacht Wache hielten. Dann ging Herr Klingenspor über zu den weiter zurückliegenden Bestrebungen der Deutschnationalen Partei, eine Vereinigung zwischen den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei herbeizuführen. Er wies diese Bestrebungen zurück, und die Versammlung nahm einstimmig eine von Herrn Klingenspor vorgelegte Entschließung an, die wir im Wortlaut an der Spitze unseres Blattes abgedruckt haben. Ebenso einstimmig billigte die Versammlung die Haltung und die Kundgebungen des Vorstandes der D. V. P. zu den jüngsten Ereignissen.

Welcher Beifall lohnte die klaren Ausführungen des Herrn Redners.

Nachdem Herr Schade noch über den Verlauf der Verhandlungen zur Bildung einer Einwohnerwehr gesprochen hatte, kam man zu Punkt 2 der Tagesordnung, zur Prüfung der Kassensführung, die aber auf später verschoben wurde.

Darauf beschäftigte sich die Versammlung mit den neuen Forderungen für den Ortsverein. Bei einzelnen Sähen kam es zu lebhaften Aussprachen, an denen sich die Mitglieder Friedrich, Juna, Reichelt, Schade, Wildenberg, Hr. Kruse beteiligten. Das Ergebnis war die einstimmige Annahme der Forderungen.

Bei der nun folgenden Vorstandswahl wurden gewählt: Herr Hermann Klingenspor zum 1. Vorsitzenden, zum 2. und 3. Vorsitzenden Herr Mannich und Herr Dr. Kruse, zur Schatz-

meisterin Fräulein B. H., zum Schriftführer Herr Werksführer Belz, zu Beisitzern: Herr Krombach, Frau Stahl, Frau Dorstewitz, Fräulein Wildenberg, Herr Karl Sarg, Fräulein Blecher, Fräulein Hartmann, Herr Siegfried Jung, Fräulein Elise Kölsch und Fräulein Stauf.

Zum letzten Punkte der Tagesordnung schilderte Herr Klingenspor die Tätigkeit in den Bezirksgruppen und bat dringend, das in den einzelnen Gruppen herrschende Leben durch unermüdete Arbeit zu erhalten und zu fördern. Die Vorsitzenden der Gruppen wurden gebeten, möglichst jeden Monat eine Zusammenkunft der Mitglieder herbeizuführen. Zum Schluß wurden noch Anregungen und Wünsche aus der Versammlung besprochen, die von der regen Anteilnahme der Mitglieder an dem Wachsen und Wollen der D. V. P. zeugten und von dem Bestreben, immer weitere Kreise mit den Aufgaben und Zielen der D. V. P. bekannt zu machen und ihr zuzuführen.

Aus dem Kreis Wittgenstein. Vom 12. bis 14. März fanden in Banse, Feudingen, Niederlaasphe und Laasphe Versammlungen der D. V. P. statt, die recht gut besucht waren. In der Versammlung in Laasphe z. B. waren mehr als 500 Personen anwesend, so daß sich der größte Saal des Ortes als zu klein erwies. Redner in allen Versammlungen war Herr Geschäftsführer Paul Nitschle aus Siegen. In Laasphe behandelte er die Schulpolitik der Regierung und die geistige Wiedergeburt unseres Volkes, in den andern Orten die Aufgaben und Ziele der Deutschen Volkspartei. Die Ausführungen des Redners wurden überall mit großem Beifall aufgenommen und es zeigte sich, daß weite Kreise auf dem Boden der D. V. P. stehen und bereit sind, an ihren Aufgaben und Zielen mitzuarbeiten.

Bei Hursheimer, Siegen, Bahnhof
Kreize, treffen sich jeden Mittwoch von
6-8 Uhr die Parteifreunde an einem Parteistammtisch; Auswärtige willkommen.

Verantwortlich herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei (Herrn Klingenspor, 1. Vorsitzender), Geschäftsstelle Brüderweg 1 (Fernruf 1442). Gedruckt bei W. Vorländer, Obergraben 5/1, sämtlich in Siegen.

Ausschneiden! Ausfüllen!
Postfrei an die Post senden!

Hiermit bestelle ich für die Monate April
und Mai die Wochenzeitung

„Der Beobachter“

(Erscheinungsort Siegen).

Das Blatt bitte ich in meiner Wohnung
abzugeben — werde ich am Postkoffer ab-
holen.

(Nicht Zutreffendes zu durchstreichen.)

Name

Wohnort

Stadt

Dampf- u. Wasserarmaturen

der Firma
C. W. Jul. Blancke & Co., C. m. b. H.,
Düsseldorf.

**Gustav Schmidt, Werkzeugmaschinen,
Weidenau-Sieg.** (1575)

Fernsprecher Nr. 494 Amt Siegen.
Büro: Welterstraße Nr. 18. Lager: Wilhelmstr. Nr. 11.

Sämtliche Reparaturen an Kraftfahrzeugen all. Systeme

auch stationären Motoren und Bereifungen
werden übernommen unter schnellster Ausführung und billiger
Verrechnung. Auch werden auswärtige Arbeiten an stationären
Motoren und Maschinen aller Art, auch Personensfahrten
übernommen. (258)

Ein- und Verkauf von Kraftfahrzeugen
und Bereifung.

Automobil- und Motorenwerk — Bussanfertiger-Anstalt

Fritz Krüger, Siegen

Wiesenstraße 11. Fernsprecher 1308.

Jede Dame ihre eigene Schneiderin!

Durch meine neuesten Schnittschablonen ist jede
Dame in den Stand gesetzt, Kleidung und Wäsche selbst
anzufertigen und Änderungen vorzunehmen. Zahl-
reiche Probenmuster. (513)

Anleitung und Muster in einer Mappe.

Inhalt: Bogen 1, Schnitt für offene und geschlossene
Ärmel.

- 2, Einteilung und Berechnung der Röcke.
- 3, Schnitt für Unterhose und Hemd
für Damen und Herren.
- 4, Schnitt für Kinderhemd, -Hose,
-Unterrock, -Kleidchen und -Bibchen.

Nachnahme: Mt. 6,— einschließlich Porto und
Verpackung

W. H. Becker, Mt. B 182,
Frankfurt a. M. N. O 14.

Zöpfe

in allen Farben
und Preislagen.

Wilhelm Moscher jun.

Marburger Tor 9 :: Telefon 437.



Ernst Siebeler

Siegen

Bergwerks- u. Effekten-Geschäft,
empfiehlt sich zur Ausführung von Aufträgen in

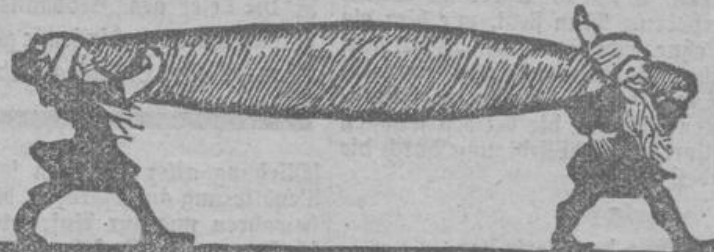
**Kohlen- u. Kali-Kuxen,
Aktien u. Obligationen**

an den Industriebörsen in Essen und Düsseldorf

Telephon Nr. 38 u. 138.

Telegraphenadresse: Bergwerke. (97)

Tabak, Zigarren u. Zigaretten



FRITZ KAUFMANN

Bahnhofstr. 29 Siegen i. W. Bahnhofstr. 29

265

gegenüber dem Bahnhof

Tabakwaren en gros :: :: Tabakwaren en détail

Beste Gelegenheit für Wiederverkäufer.

15. Preussisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie.

Letzter Erneuerungstermin

4. Klasse 1495

Mittwoch, den 7. April.

Stauf

Preuss. Forst- u. Gutsbesitzer,
Siegen, Obergarten 1.

Tanzunterricht

Empfehle mich für kleine und
größere Zirkel und Einzel-Tanz-
unterricht zu jeder Tageszeit,
wie: Boston, Fox-Trott, Pia-
watha usw.

Wilh. Böhl

Tanzlehrer

Marburger Tor 23.

Zentrifugen und Fahrräder

liefert preiswert

Karl Hill, Kreuztal, Bismarckstr. 40.

Stets großes Lager.

Telephon 87.

Zu Abschlüssen von Lebens- und Renten-Ver-
sicherungen, Versicherung gegen Feuer, Einbr.-
Diebstahl und Vandalenschäden, Einzel- und
kollektiv-Unfall-, Haftpflicht- und Automobil-
Versicherungen, Transport- und Reise-Versiche-
rungen, Maschinenbruch sowie sämtliche andere
Versicherungsarten empfiehlt sich

Friedrich Schwurf,

Haupt-Agentur erstkl. Gesellschaften
Marburger Tor 22. — Fernsprecher 664.

Photo-Apparate

In größter Auswahl
und jeder Preislage

H. Schmeck • Bahnhof-
straße 12

Motorräder zu kaufen gesucht

am liebsten Militär-Mobele. Abholen an Ort und Stelle.
Magnet-Apparate für Motorräder und Autos laufe
jederzeit und erbitte Angebote mit näheren Angaben.

Karl Hill, Kreuztal, Bismarckstraße 40,
Telephon 87.

Deutsche Volkspartei Siegen.

Geschäftsführer: **P. Nitschke.**

Geschäftsstelle: **Brüderweg 1.**

Fernsprecher 1442.

Jetzt ist es Zeit



sein Fahrrad vernickeln
und emailieren zu lassen.

Sämtliche Reparaturen
an Fahrrädern, Motor-
rädern u. Nähmaschinen
werden sachgem. ausgef.

Friedr. Stenber,

Werkmeister,

Sandstraße 1. Tel. 713.

Gegen Katarhe



**Emscher
Wasser**